

INHALT

Vorwort	7
Zur Einführung – Ökologie als Gerechtigkeitsfrage der Gegenwart	
<i>Ingeborg Gabriel</i>	9
Gerechtigkeit in einer endlichen Welt – zentrales Anliegen des Ökumenischen Sozialworts	
<i>Alois Riedlsperger SJ</i>	32
Grußwort zur Ökumenischen Fachtagung	
<i>Nicolae Dura</i>	38
Nachhaltig wirtschaften im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie	
<i>Gerhard Scherhorn</i>	44
Ökologische Gerechtigkeit und Humanökologie	
<i>Markus Vogt</i>	64
Nachhaltige Entwicklung – Utopie oder reale Möglichkeit?	
<i>Kora Kristof</i>	85
Klimagerechtigkeit	
<i>Gerhard Glatzel</i>	100
Die Geschichte der Zukunft unserer Mobilität	
<i>Stephan Rammler</i>	111
Ecology, Justice, and Peace— The Perspective of a Global Church	
<i>Cardinal Peter K.A. Turkson</i>	132

Ökologische Initiativen des Ökumenischen Patriarchats <i>Metropolit Arsenios Kardamakis</i>	147
Ökologie und Schöpfungsspiritualität <i>Dorin Oancea</i>	155
Spirituelle Ressourcen für eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftskultur <i>Petra Steinmair-Pösel</i>	176
Shoppen für eine bessere Welt – KonsumentInnen als Treiber nachhaltiger Entwicklung? <i>Karl-Michael Brunner</i>	195
Den gesellschaftlichen Wandel ermöglichen <i>Im Gespräch mit Rita Trattnigg</i>	209
Keine Gerechtigkeit ohne nachhaltiges Wirtschaften <i>Hans-Peter Lang</i>	221
Gerechtigkeit in einer endlichen Welt – Was hält diese Welt zusammen? <i>Werner Wutscher</i>	228
PILGRIM und die ethische Verantwortung im Klimawandel – ein Ansatz <i>Johann Hisch und Klaus Radunsky</i>	234
Neue Wege ökologischer Bildung durch Kirchen weltweit <i>Christoph Stückelberger</i>	247
Autorinnen und Autoren	260

VORWORT

Die Bedeutung ökologischer Fragen für ein gutes Leben – mehr noch: für das Überleben – der Menschheit tritt heute angesichts klimatischer Veränderungen, der Reduktion der Biodiversität und der Zerstörung natürlicher Lebensräume immer stärker ins öffentliche Bewusstsein. Eng verwoben sind diese Bedrohungen sowohl mit der Art unseres Wirtschaftens als auch mit der Gestaltung internationaler Beziehungen. Denn die Auswirkungen des herkömmlichen Wirtschaftens zeigen sich in besonders dramatischer Weise im internationalen Kontext, wo wir mit einem doppelten Gerechtigkeitsproblem konfrontiert sind: Jene Länder, die am wenigsten am ressourcenverbrauchenden Wachstum und Wohlstand teilhaben, sind gleichzeitig jene, die am meisten und als erste die zerstörerischen Auswirkungen eines Wirtschaftens zu spüren bekommen, welches die ökologischen Kapazitäten unserer Erde überschreitet. Angesichts widersprüchlicher Interessen und Ansätze erweist es sich jedoch als äußerst schwierig, zu nachhaltigen, zukunftseröffnenden Lösungen zu kommen.

In dieser Situation sehen es die christlichen Kirchen als ihre gemeinsame Aufgabe, sich den Fragen von Ökologie, Wirtschaft und (internationaler) Gerechtigkeit in vertiefter Weise zu stellen und so Verantwortung für die und in der eine(n) Welt zu übernehmen. Sie tun dies vor dem Hintergrund des ökumenisch geteilten Bekenntnisses zur Verantwortung des Menschen, insbesondere der Christinnen und Christen, für den achtsamen Umgang mit der Schöpfung und deren Bewahrung für zukünftige Generationen. Zielführendes Engagement ist jedoch nur möglich auf der Basis eines soliden Dialogs zwischen TheologInnen/ (Sozial)EthikerInnen und ExpertInnen aus den Bereichen der Ökonomie, der Ökologie, der Soziologie und der Politik.

Dazu will der vorliegende fünfte Band in der Reihe Ökumenische Sozialethik des Instituts für Sozialethik der Universität Wien einen Beitrag leisten. Er umfasst im Wesentlichen die redigierten Beiträge zur ökumenisch und interdisziplinär ausgerichteten Fachtagung zum Thema „Gerechtigkeit in einer endlichen Welt. Ökologie – Wirtschaft – Ethik“, die im Jänner 2013 an der Wiener Universität stattgefunden hat.

An dieser Stelle danken wir allen Autorinnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen unterschiedliche Perspektiven auf die komplexen Fragestellungen eröffnen und konkrete Wege in eine nachhaltige Zukunft weisen. Gedankt sei der Stiftung *Forum für Verantwortung*/ Herrn Dr. Klaus Wiegandt für die unkomplizierte Erteilung der Nachdruckerlaubnis für

den Beitrag von Stephan Rammner. Frau Ingrid Tanzer hat durch ihr großes Engagement bei der Gestaltung des Layouts viel zur Lesefreundlichkeit des vorliegenden Buches beigetragen, Mag. Irene Klissenbauer hat beim Lektorieren geholfen – beiden gilt unser herzlicher Dank. Ohne die finanzielle Unterstützung durch die Stiftung Pro Oriente und die Kommission Iustitia et Pax der Österreichischen Bischofskonferenz wäre diese Publikation nicht möglich gewesen, auch ihnen sei hier gedankt. Nicht zuletzt danken wir den Verantwortlichen des Verlags, Frau Gertrud Widmann und Herrn Volker Sühs für die Betreuung und die Aufnahme des Bandes in ihr Verlagsprogramm. Wir wünschen dem Buch viele interessierte und engagierte Leserinnen und Leser.

Ingeborg Gabriel • Petra Steinmair-Pösel

Wien, 1. September 2013, Tag der Schöpfung

Zur Einführung – Ökologie als Gerechtigkeitsfrage der Gegenwart

Ingeborg Gabriel

Die Erfahrung mit Reichtum und Schönheit der Natur, aber auch mit den Folgen ihrer Ausbeutung und Zerstörung lässt uns Menschen die Verantwortung für die Schöpfung bewusst werden.
— Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, Nr. 285

Die ökologische Frage, die in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts erstmals zum Thema wurde, ist in den letzten Jahren in eine neue Phase der Dringlichkeit eingetreten. Bleibend akut sind die ökologischen Erosionsprozesse (Reduktion der Artenvielfalt, Bodenerosion u. ä.) und der weit über das langfristig verkraftbare Maß hinausgehende Ressourcenverbrauch sowohl aufgrund gewachsener Ansprüche als auch einer weiterhin rasch wachsenden Weltbevölkerung von gegenwärtig 7 Milliarden Menschen. Dazu kommen der schneller als erwartet vor sich gehende Klimawandel und die damit unmittelbar verbundenen Gerechtigkeitsfragen, die die Menschheit vor völlig neue Herausforderungen stellen.

Das weitgehende Scheitern der internationalen Klimakonferenzen seit Rio 1992 zeigt, dass eine Einigung der politischen Weltgemeinschaft auf gemeinsame Klimaziele und damit eine effektive Entschärfung der ökologischen Gerechtigkeitsfragen auf globaler Ebene auch aufgrund höchst unterschiedlicher Interessenlagen kaum zu erwarten ist.¹ Während die ökologische Problematik bisher in der Öffentlichkeit wesentlich als Frage *intergenerationeller* Gerechtigkeit, also der Gerechtigkeit für zukünftige Generationen, gesehen wird, erweist sie sich nun zugleich, wenn nicht sogar vorrangig, als zentrales Problem einer *intragenerationellen* Gerechtigkeit, da die sozial Schwächeren weltweit von ökologischen Degradationen und dem Klimawandel mehr betroffen sind und sein werden als die Wohlhabenderen.

Es war die Grundthese von Hans Jonas in seinem vor einem Vierteljahrhundert erschienenen Klassiker *Das Prinzip Verantwortung*², dass sich die Menschheit in einer historisch präzedenzlosen Situation befindet.

1 Vgl. dazu VOGT im vorliegenden Band.

2 JONAS, *Prinzip Verantwortung*.

Nicht mehr der Mensch werde von einer übermächtigen Natur bedroht, sondern er selbst bedrohe seine natürliche Umwelt und sei erstmals dazu in der Lage, die eigenen Lebensgrundlagen irreversibel zu beschädigen. Die Natur sei demnach zum potentiellen Opfer des Menschen geworden, der sie manipulieren, umgestalten, beherrschen – und letztlich auch zerstören kann. Es ist dieses Mehr an menschlicher Macht über die Natur, das – so Jonas – auch die menschliche Verantwortung in bisher ungekannter Weise erhöht und eine neue Ethik erforderlich macht, deren wesentliches Merkmal die freiwillige Selbstbeschränkung sein muss. Für Jonas handelt es sich dabei vor allem um eine wissenschaftlich-technische Selbstbeschränkung, um eine die Risiken bewusst einkalkulierende und abwägende Wissenschaftsethik. „Was kann als Kompaß dienen?“ – fragt Jonas im Vorwort des Buches – „Die vorausgedachte Gefahr selbst!“ – sowie die Entdeckung jener ethischen Prinzipien, in denen sich die „neuen Pflichten neuer Macht“ verankern lassen.³ Seine Forderung beansprucht weiterhin Gültigkeit, wie u. a. das schreckliche Atomunglück im japanischen Fukushima im Frühjahr 2011 zeigte. Sie bedarf jedoch heute mehrfacher Ergänzungen, die sich vor allem auf die Frage beziehen, wie eine neue Ökonomie beschaffen sein muss, um eine möglichst gerechte Verteilung der Erdengüter angesichts der schon vorhandenen und weiter zu erwartenden Umweltzerstörung zu ermöglichen.

1 Ökologische Gerechtigkeit und Armut

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen weltweit aufgrund eines nicht-nachhaltigen Ressourcenverbrauchs und die damit verbundenen *globalen* Degradationsprozesse stellen zwar weiterhin ein gesamtgesellschaftliches Gerechtigkeitsproblem dar. Zugleich sind jedoch die konkreten Folgen für die einzelnen Länder und sozialen Schichten jetzt und in der Zukunft höchst unterschiedlich. Dies gilt vor allem für die Auswirkungen der globalen Klimaveränderungen auf verschiedene Länder und Bevölkerungsschichten. So sind die Bewohner der armen (südlichen) Hemisphäre stärker betroffen als jene der nördlichen Gegenden. Diese Dysbalance wird in der Zukunft weiter zunehmen. Da die meisten Menschen dieser Gegenden jedoch am Klimawandel schuldlos sind, insofern sie vom ihn verursachenden Ressourcenverbrauch bisher weitgehend ausgeschlossen waren, werden sie in doppelter Weise zu Opfern: zum einen aufgrund ihrer

3 Vgl. EBD., 7.

Armut, zum anderen, weil die geringen Ressourcen, die ihnen bisher zur Verfügung standen, und damit ihre Existenzgrundlage durch Klimaänderungen bedroht sind. Das gilt für die Armen an den Küsten von Bangladesch, die durch die Erhöhung des Meeresspiegels Siedlungsgebiete verlieren ebenso, wie für Viehnomaden der Sahelzone, deren Lebensgrundlage durch die durch Dürre verursachten Verwüstungen und Versteppungen zerstört wird, sowie weltweit für sozial schwache Menschen, die vom Anstieg der Lebensmittelpreise um vieles stärker in Mitleidenschaft gezogen werden als die Wohlhabenden, die nur einen Bruchteil ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Erstere sind nicht Verursacher, wohl aber Leidtragende, während jene, die den Klimawandel zu verantworten haben, doppelt profitieren – einerseits aufgrund eines höheren Wohlstands und andererseits, weil sie kollektiv in Gegenden zu Hause sind, die von den teils irreversiblen Schädigungen des natürlichen Habitats, die bereits im Gange sind und sich weiter verstärken werden, kaum betroffen sind.

Doch auch innerhalb der reicheren Länder wird es zu einer sehr ungleichen Verteilung der Lasten kommen: So werden die Länder nördlich des 50. Breitengrades vom Klimawandel profitieren, wohingegen die südlichen Länder, in Europa vor allem im Mittelmeerraum⁴, bei einem allgemein als unausweichlich angenommenen Temperaturanstieg von ca. zwei Grad gegenüber vorindustriellen Werten von zunehmender Dürre, dem Anstieg des Meeresspiegels und den damit verbundenen Umweltschäden stärker betroffen sein werden.⁵

Verschärfend wirkt sich aus, dass das Wohlstandsmodell der Industrieländer – auch durch mediale Vermittlungen – global längst als Standard für ein gutes Leben gilt und weltweit imitiert wird, wo immer sich die Möglichkeiten dazu bieten. Das gilt vor allem für die stark wachsenden Mittelschichten in anderen Weltregionen.⁶ Dieser Trend wird durch die Wachstums- und Gewinninteressen von Wirtschaftsunternehmen massiv vorangetrieben und führt zu einer Globalisierung der Nicht-Nachhaltigkeit. Da auf das so erreichte wirtschaftliche Wachstum jedoch letztlich alle

4 Zu den Folgen für den Mittelmeerraum vgl. den Expertenbericht von Papayannis in RANDERS, 2052, 234–238.

5 Vgl. die Zusammenfassung gegenwärtiger Klimaprognosen bei RANDERS, 2052, 149ff. Der Temperaturanstieg von zwei Grad Erderwärmung gilt als jener Grenzwert, bis zu dem die Entwicklungen noch als berechenbar erscheinen, wiewohl bereits dieser Temperaturanstieg überall Extremwetterereignisse hervorrufen wird.

6 Der Bericht New Global Partnership rechnet gegenwärtig zwei Milliarden Menschen der Mittelklasse zu und geht davon aus, dass bis 2030 weitere drei Milliarden dazu kommen werden. Vgl. NEW GLOBAL PARTNERSHIP, 4.

Menschen in den industrialisierten Ländern und weltweit für den Erhalt oder die Verbesserung ihres Lebensstandards angewiesen sind, erweist sich eine Änderung dieser Wohlstands-Leitbilder eines nicht-nachhaltigen Wirtschaftswachstums als sehr schwierig.⁷ Sie müsste vor allem durch die industrialisierten Länder angestoßen werden. Doch hier haben angesichts der drängenden Wirtschafts- und Finanzkrisen seit 2008 magische Beschwörungen von Wachstumsraten wieder Hochkonjunktur und „alle wesentlichen Entwicklungen in Bezug auf Nachhaltigkeit“ laufen – so die einleitende, ernüchternde Erkenntnis im Band von Welzer und Wiegandt – „in die falsche Richtung“⁸.

Ein zunehmender Verbrauch von Ressourcen für einen ressourcenintensiven, durch moderne Wirtschaftsformen angetriebenen Wohlstand bei einem gleichzeitigen Wachstum und größeren Reichtum der Weltbevölkerung ist jedoch unausweichlich durch die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen begrenzt. Eine Globalisierung des westlichen Wohlstandsmodells ist demnach aus ökologischen Gründen nicht möglich.

Schon im Jahre 1971 – ein Jahr vor dem Erscheinen des ersten, die Umweltdebatte auslösenden Berichts des Club of Rome, *Grenzen des Wachstums*⁹ – formulierte das Schlussdokument der Bischofssynode *De Iustitia in mundo*:

„Überdies hat die Nachfrage der wohlhabenderen Länder nach Rohstoffen und Energie (wie auch die schädliche Wirkung ihrer Abfälle auf Atmosphäre und Ozeane) ein solches Ausmaß erreicht, dass die wesentlichen Voraussetzungen des Lebens auf dieser Erde wie Luft und Wasser unwiederbringlich geschädigt würden, wenn die Höhe des Verbrauches, der Grad der Verschmutzung und die Schnelligkeit des Wachstums bei der gesamten Menschheit Platz greifen würden.“¹⁰

Damals lebten auf der Welt 3,5 Milliarden Menschen. Inzwischen ist die Weltbevölkerung auf über 7 Milliarden Menschen angewachsen, die zudem pro Kopf durchschnittlich wesentlich mehr Güter verbrauchen. Bis zum Jahr 2050 sollen nach mittleren Schätzungen auf der Erde 9 Milliarden Menschen leben.¹¹ Auch wenn die Globalisierung des Güterkonsums

7 Vgl. dazu die Beiträge von BRUNNER und TRATTNIGG in diesem Band.

8 WELZER / WIEGANDT, Perspektiven, 7.

9 MEADOWS ET AL., Grenzen.

10 Vgl. *De iustitia in mundo* (Römische Bischofssynode von 1971). Nr. 11, Im Internet zugänglich unter: <http://www.iupax.at/index.php/liste-soziallehre/120-1971-weltbischofssynode-de-iustitia-in-mundo.html> (letzter Zugriff: 31.07.2013).

11 Die demographischen Daten wurden in den letzten Jahren wiederholt nach unten korrigiert, da die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau in den letzten 40 Jahren von 4,5 auf 2,5 Kinder gefallen ist (vgl. RANDERS, 2052, 89). Aufgrund dieser erstaunlichen Ent-

nach dem gegenwärtig dominanten und im Westen praktizierten Konsummodell offenkundig ökologisch nicht tragbar ist: Wer wollte einem Inder, Chinesen – oder auch einem Mitteleuropäer – verwehren, sich seinen ersten, mühsam ersparten und als Aufstiegssymbol wichtigen Kleinwagen oder seine erste Ferienflugreise zu leisten, wenn dies als *der* Standard eines guten Lebens weltweit gilt? Zugleich ist der Anstieg der Zahl der PKWs in China und Indien auf ein weit unter dem westlichen liegendes Niveau in den letzten Jahren bereits zum Risikofaktor für das Weltklima sowie für die Gesundheit in den betreffenden Ländern geworden.¹² Ähnliches gilt für den Konsum von Fleisch, dessen Produktion das Klima fast ebenso belastet, wie das in modernen Gesellschaften gängige Mobilitätsverhalten.¹³

2 Ein neuer Ansatz für integrierte Entwicklung: Der New Global Partnership-Bericht

Für die Zeit nach 2015, dem Ende der Millenniums-Ziele, hat eine Expertengruppe kürzlich einen Weltentwicklungsbericht mit dem Titel: *A New Global Partnership: Eradicate Poverty and Transform Economies Through Sustainable Development* vorgelegt.¹⁴ In dieser so genannten post-2015 Agenda formulieren die Autoren fünf Ziele für eine integrale Weltentwicklung. Die wesentliche Stoßrichtung ist dabei – wie auch der Titel zeigt – die enge Verbindung von Armutsreduktion – *Leave no one behind* – und nachhaltiger Entwicklung – *Put sustainable development at the core*. Jede „Option für die Armen“ muss demnach unter den gegenwärtigen Bedingungen mit einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie gekoppelt sein, um das prioritäre Ziel der Armutsbekämpfung überhaupt anvisieren zu können. Weitere Ziele dieses integrierten Ansatzes sind der Umbau der Wirtschaft,

wicklung geht Randers von einer Weltbevölkerung von „nur“ 8,2 Milliarden bis 2050 aus und damit von einem geringeren zukünftigen Ressourcenverbrauch.

- 12 Für 2015 erwartet man, dass auf Chinas (recht unsicheren) Straßen 150 Mio. Autos unterwegs sein werden. Vgl. GARDNER / ASSADOURIAN / SARIN, Stand des Konsums, 45.
- 13 Vgl. dazu die Materialien zum Studententag „Wieviel Fleisch ist genug? Unser hoher Fleischkonsum und die Folgen“ am 14. Jänner 2011 in Wien: <http://ktf.univie.ac.at/site/se/forschung/veranstaltungen> sowie den Folder (http://www.koo.at/klima/Fleischfasten/FF-Folder_web.pdf) und die Basisinformation (http://www.koo.at/klima/publikationen/Basisinformation_Fleischfasten.pdf) der KOO (Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission) zum Fleischfasten (letzter Zugriff: 03.08.2013).
- 14 Der Bericht ist online abzurufen unter: www.post2015hlp.org/wp-content/uploads/2013/05/UN-Report.pdf (letzter Zugriff: 03.08.2013).

so dass sie Arbeitsplätze generiert und eine größere Verteilungsgerechtigkeit garantiert (*Economies for jobs and inclusive growth*), sowie die Förderung des innerstaatlichen und globalen Friedens durch offene und rechen-schaftspflichtige öffentliche Institutionen (*Build peace and effective, open and accountable public institutions*). Alle diese Bestrebungen setzen jedoch für ihre Erreichung eine neue internationale Partnerschaft zwischen den Staaten voraus (*Forge a new global partnership*). Nur wenn alle diese Fragen gleichzeitig in Angriff genommen werden, ist eine Überwindung von extremer Armut und Hunger von 1,2 Milliarden Menschen bis zum Jahre 2030 möglich. Dieses Ziel ist – so die Autoren – zwar hoch gesteckt, aber angesichts der Erfolge in der Armutsbekämpfung in den letzten Jahrzehnten keineswegs utopisch. Angesichts der skandalösen Tatsache, dass gegenwärtig 1,2 Milliarden Menschen in extremer Armut leben und nur 1 (!) Prozent aller Güter weltweit konsumieren, während die reichste Milliarde 72 Prozent für sich beansprucht, komme diesem Ziel absolute Priorität zu.¹⁵ Diese gigantische Ungleichverteilung der Lebenschancen könne jedoch nur erfolgreich bekämpft werden, wenn es gelingt, einer weiteren Zerstörung der natürlichen Umwelt aufgrund des Klimawandels und seiner weitreichenden Folgen – wie Entwaldung, Wasserknappheit, Nahrungsmittelverschwendung, hohem CO₂ Ausstoß und der damit verbundenen Erderwärmung – Einhalt zu gebieten. Denn diese führen notwendig zur Verschlechterung der Lage der Armen weltweit. Zudem werden die steigenden Kosten für die Bewältigung einer wachsenden Zahl von Naturkatastrophen, wie Dürre, Hochwasser und Stürme, die mehrheitlich armen Länder finanziell um vieles härter treffen als die reicheren.¹⁶ Während diese Kosten heute präventiv noch einigermaßen tragbar wären, werden sie – so die Vorhersagen – ab Mitte des 21. Jahrhunderts einen immer größeren Prozentsatz des BIP weltweit ausmachen. Der entscheidende Faktor wird sein, inwieweit bis dahin die Transformation der *high carbon global economy* in eine *low carbon global economy* gelingt.¹⁷ Bisher gab es hier keine Erfolge zu verzeichnen: Gegenwärtig ist der Anteil von nicht-erneuerbaren, fossilen Brennstoffen am gesamten Energieverbrauch trotz

15 NEW GLOBAL PARTNERSHIP, 4. Der Bericht wurde nach ausführlichen Konsultationen mit allen Akteuren, auch jenen aus den am meisten betroffenen armen Bevölkerungsschichten, erstellt.

16 Eine andere Prognose – oder, wie der Autor schreibt, „begründete Vermutung“ – geht davon aus, dass die Bevölkerung in kapitalintensiven Wirtschaften aufgrund zunehmender Dysfunktionalitäten vom Klimawandel stärker betroffen sein wird als jene in den Schwellenländern. Vgl. RANDERS, 2052, 41.

17 Vgl. MESSNER, Drei Wellen globalen Wandels, 295.

vielfacher Bemühungen seit 1990 mit 81 % unverändert hoch.¹⁸ Wesentliche Änderungen in Konsum- und Produktionsmustern fanden nicht statt, und die Einsparungen aufgrund besserer Umwelttechnologien führten vielfach zu einer weiteren Erhöhung des Verbrauchs, der die Reduktionen wieder zunichtemachte (so genannter *rebound*-Effekt).¹⁹

Die Armutsbekämpfung sollte sich im Wesentlichen auf die Realisierung der international anerkannten sozialen Menschenrechte konzentrieren. Einkommenserhöhungen, einfache soziale Sicherheitssysteme und ganz allgemein eine Stärkung der Widerstandsfähigkeit (*resilience*) gegenüber den Wechselfällen des Lebens durch bessere Gesundheits- und Bildungssysteme könnten eine Milliarde Menschen von extremer Armut befreien.²⁰ Die dafür erforderliche integrierte öko-soziale Entwicklungsstrategie ist seit Jahrzehnten bekannt, wurde jedoch bisher nirgends ausreichend in die Praxis umgesetzt.²¹ Sie würde eine starke Rolle des Staates in Zusammenarbeit mit der internationalen Gemeinschaft verlangen, da weder die Umwelt- noch die Armutsproblematik durch den freien Markt gelöst werden kann. Eine weitere Säule einer Armutsreduktion stellt die Friedenssicherung und die Beilegung von Konflikten dar, da die Hälfte aller Armen in so genannten *failing states* und an den Konfliktherden der Welt leben.²²

Der Vision des Berichts – Überwindung extremer Armut auf der Basis einer nachhaltigen Entwicklung – liegt eine universale Ethik im Geist der Goldenen Regel „Tu, was Du willst, dass man Dir tut“ zugrunde.²³ Die internationale Verankerung dieser Ethik ist die Voraussetzung für die Realisierung des fünften und vielleicht wichtigsten Ziels: die Stärkung der globalen Zusammenarbeit im „Geist der Solidarität, Kooperation und wechselseitigen Rechenschaft“. Die wesentlichen Prinzipien dafür sind „Universalität, Gleichheit, Nachhaltigkeit, Solidarität, [...] Menschen-

18 Vgl. NEW GLOBAL PARTNERSHIP, 4.

19 Vgl. EBD.

20 Es gibt in den großen asiatischen Ländern (China, Indonesien, Indien) inzwischen durchaus effektive Programme zur Senkung der Armut (wie rudimentäre soziale Sicherheitssysteme), durch die es gelungen ist, im letzten Jahrzehnt hunderte Millionen Menschen aus der extremen Armut zu befreien. Die Voraussetzung dafür bildete ein starkes Wirtschaftswachstum.

21 Ein Beispiel, das der Bericht nennt, wäre der Erhalt eines Großteils der 1,3 Milliarden Tonnen (!) Nahrungsmittel, die schätzungsweise pro Jahr weltweit verderben, sei es durch Verschwendung (in den reichen Ländern) oder durch schlechte Lagerung (in den armen Ländern). Vgl. NEW GLOBAL PARTNERSHIP, 7.

22 Weltweit gab es in 21 Ländern seit 2000 bewaffnete Konflikte. Vgl. EBD.

23 Vgl. EBD., 6.

rechte, [...] Recht auf Entwicklung und [...] geteilte Verantwortung entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten“²⁴. Die globale Zusammenarbeit ist deshalb so zentral, weil die Alternative einer ausschließlich an nationalen Interessen ausgerichteten „Rette-sich-wer-kann“-Strategie der Anpassung an die veränderten klimatischen Verhältnisse vielfach an politischer Bedeutung gewinnt. Neben der Bereitschaft zur internationalen Kooperation braucht es jedoch Staaten, die die dringend nötigen Rahmenbedingungen für eine effektive Armutsbekämpfung wie auch für eine nachhaltige Entwicklung zu setzen bereit und fähig sind. Doch auch dies ist vom Maß an internationaler Kooperation abhängig, da anderenfalls der Standort-Wettbewerb zwischen Staaten – wie gegenwärtig der Fall – effektive Nachhaltigkeitsstrategien ebenso verhindert wie eine entsprechende Armutsbekämpfung, die die Finanzierung sozialer Dienste durch Steuern voraussetzt. Eine Verringerung des Trends zur Externalisierung und damit Sozialisierung der sozialen und ökologischen Kosten bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne durch wirtschaftliche Akteure (vor allem durch Großunternehmen), setzt politische Akteure voraus, die sich am Gemeinwohl orientieren und dazu auch in der Lage sind. Dies gilt sowohl national wie auch international.²⁵ Diese schwierige Frage des konfliktreichen Verhältnisses von Ökonomie und Ökologie spart der Bericht jedoch weitgehend aus.

3 Ökonomie und Ökologie: Kann die „Quadratur des Kreises“ überwunden werden?

„Wir wissen nicht, wie man eine Wirtschaft im Gleichgewichtszustand organisiert und sind einer Ideologie der Grenzenlosigkeit geradezu religiös verpflichtet“ – so fasst der bekannte Ökonom und Ökologe Herman E. Daly das Defizit gegenwärtiger Wirtschaftstheorie zusammen.²⁶ Eine Ökonomie in der ursprünglichen Wortbedeutung einer gut geführten Hauswirtschaft verlangt heute eine Neubestimmung des Verhältnisses zur Ökologie, um das erforderliche Gleichgewicht von vorhandenen Ressourcen und ihrer ökonomischen Nutzung sowohl national als auch global zu realisieren. Dazu braucht es Modifikationen in der ökonomischen Theorie-

24 EBD., 9.

25 Zum Thema internationales Gemeinwohl vgl. die Beiträge in GABRIEL / SCHWARZ, Weltordnungspolitik.

26 Zit. nach RANDERS, 2052, 99.

grundlage und damit Adaptionen im Theoriegebäude der seit 200 Jahren dominanten liberalen Wirtschaftswissenschaften, die Orientierungen für die Transformationsprozesse geben, welche notwendig sein werden, um ein stabiles Gleichgewicht zu erreichen. Die erforderlichen Transformationen wären im Übrigen um vieles größer als jene, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Planwirtschaft in Mittel- und Osteuropa vorgenommen wurden. Für eine derartige „Neuerfindung der Wirtschaft“ gibt es bereits Ansätze, die die Konturen für den Umstieg von einer Wachstums- zu einer Postwachstumsökonomie aufzeigen und die zunehmend an Bedeutung gewinnen. Einer der Wirtschaftswissenschaftler, die sich seit langem mit diesen Fragen beschäftigen, ist Gerhard Scherhorn, der dazu – wie auch im vorliegenden Band – elementare Überlegungen vorgelegt hat.²⁷ Eine grundlegende „Neuanpassung der Ansprüche“ im marktwirtschaftlichen System, das Scherhorn vom kapitalistischen System, das ausschließlich der Vermehrung des Kapitals dient, unterscheidet, verlangt eine Neubewertung von sozialen Bezügen sowie von Gemeingütern, zu denen auch die natürliche Umwelt und die Moral gehören. Denn diese bilden die unverzichtbare Grundlage jeder Gesellschaft wie auch jeder Wirtschaft und aller wirtschaftlichen Aktivitäten. Eine nicht nachhaltige Ausbeutung dieser Gemeingüter durch die Externalisierung von sozialen und ökologischen Kosten führt nach Scherhorn notwendig zu einem Substanzverzehr, der die gesamte Gesellschaft und letztlich auch die Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft zieht. „Das *Prinzip nachhaltigen Wirtschaftens* erfordert die Erhaltung der Gemeingüter, die unsere Lebensgrundlage bilden.“²⁸ Durch den Verzehr der für alle verfügbaren Gemeingüter sinke zudem die Lebensqualität. Die Kommerzialisierung von immer mehr Lebensbereichen führe zu einer geringeren Befriedigung und damit auch zu einem immer größeren „Unbehagen in der Kultur“ trotz wachsenden Wohlstands. Jede nachhaltige Wirtschaftsweise muss daher als ihr oberstes Ziel eine konsequente Verhinderung eben dieses Substanzverzehrs von Gemeingütern haben. Es ist die Aufgabe der Politik, durch Abgaben den schonenden Umgang mit erneuerbaren und den möglichststen Nicht-Einsatz nicht-erneuerbarer Energie und Ressourcen zu fördern. Um das öffentliche Bewusstsein national und global zu schärfen und eine realistische Wachstumsberechnung zu ermöglichen, wäre eine Umstellung der Berechnung des BIP ein zentraler Schritt. Denn die Wachstumsberechnung, die seit den 1950er Jahren verwendet wird, lässt Umweltgüter wie Wasservorräte, die

27 Vgl. weiters SCHERHORN, Politik, 2012.

28 Vgl. SCHERHORN in diesem Band.

Fruchtbarkeit der Böden und ein stabiles Klima ebenso außen vor wie die besonders ressourcenschonende Selbstversorgungswirtschaft und begünstigt so eine „Wirtschaftspolitik mit Scheuklappen“²⁹. Bilanzierungsregeln, die echtes von unechtem Wachstum unterscheiden und Umwelt- sowie andere Schäden als Wohlstandsverluste statt als Wohlstandsgewinne verbuchen (z.B. die Wiederherstellung der Wasserqualität eines Sees), könnten Politik und Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen im Blick auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise hin wohl am ehesten verändern.

Die anthropologischen Grundlagen der modernen Wirtschaftswissenschaften gehen davon aus, dass das Eigeninteresse *der* wichtigste Motor des menschlichen Handelns ist. Diese Theorie des *homo oeconomicus* ist ebenso einseitig wie die mit ihr gekoppelte Wettbewerbstheorie. Konkurrenz zwischen Wettbewerbern kann fruchtbar sein, aber nur wenn sie – wie jede Sportveranstaltung zeigt – auf Kooperationen aufruhrt und durch Regeln begrenzt wird. Anderenfalls entartet sie zum Freistilgerangel und führt in einen Zustand permanenter Unsicherheit und einen sich aufschaukelnden zerstörerischen (Wirtschafts)Kampf, der heute überdies durch einen an Plausibilität und Terrain gewinnenden Sozialdarwinismus ideologisiert wird. Dieser spiegelt einen biologistischen Zeitgeist wider und bezieht seine Attraktivität nicht zuletzt daraus, dass er endgültig von moralischer Verantwortung entlastet.³⁰ Die sich daraus ergebenden inhumanen Folgen zeigt ein Zitat aus einem Leitartikel des Economist: „Unfortunately such adaptation [to climate change, IG] has always meant a large number of deaths. Evolution works that way.“³¹ Eine derartige Weltsicht enthüllt in erschreckender Weise die Konsequenzen eines evolutionistischen Denkens. Sie spricht jeder Solidarität Hohn und ist zudem Ausdruck einer Hartherzigkeit, die jegliche Menschlichkeit um des eigenen Wohlergehens und Konsums willen über Bord zu werfen bereit ist.

Um derartigen, auch ideologischen Entwicklungen entgegen zu treten, braucht es eine zunehmende Sensibilisierung für die Notwendigkeit eines öko-sozialen Umbaus, vor allem in den wichtigen Bereichen der Mobilität, der Ernährung, des Wohnens und des Konsumgüterverbrauchs im Allgemeinen. Er müsste von großen Teilen der Gesellschaft mitgetragen werden,³² um den Energieverbrauch in den nächsten Jahrzehnten auf ein Niveau zu reduzieren, das die Umweltschäden und die sich daraus

29 RANDERS, 2052, 37f.

30 Vgl. dazu ausführlich GABRIEL, Provokation für die Ökonomie.

31 Adapting to Climate Change, in: The Economist, 27th November 2010, 13.

32 Vgl. BILHARZ, „Key-Points“ nachhaltigen Konsums.

ergebenden Ungerechtigkeiten verringert. Die notwendigen Transformationen verlangen sowohl eine gezielte Förderung der Forschung als auch den Einsatz neuer Technologien, sowie darüber hinaus neue Formen des Wirtschaftens und eine veränderte Weltsicht, die das „gute Leben“ neu definiert und daraus Schlüsse für das eigene Handeln zieht.

Die gegenwärtig propagierten Leitbilder nachhaltiger Entwicklung unterscheiden sich vor allem darin, welchem dieser drei Elemente sie den Vorrang geben. Da ist zum einen ein primär technokratischer Zugang, der die notwendigen Transformationen hin zur Nachhaltigkeit vor allem durch Entwicklung und Anwendung neuer Technologien für erreichbar hält.³³ Eine derartige Strategie erweist sich jedoch aus zwei Gründen als ungenügend: Zum einen setzt eine an Nachhaltigkeit orientierte Politik und Gesetzgebung in demokratischen Staaten voraus, dass die umweltpolitischen Optionen von einer ausreichend großen Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern mitgetragen werden. Erst diese breite Akzeptanz macht ihre politische Umsetzung möglich. Mindestens ebenso wichtig ist jedoch, dass nur ein gesellschaftliches Umdenken auf breiter Basis das bestehende Motivationsdefizit beheben kann. So wichtig strukturelle Änderungen (wie z. B. die Einführung einer Energiesteuer) sind, wäre es jedoch kurzschlüssig, Änderungen ausschließlich im strukturellen Bereich zu fordern, ohne an die individuelle Verantwortung zu appellieren. Denn wie immer man es dreht und wendet, ohne tief greifende Einstellungsänderungen und ein entsprechendes Handeln wird es nicht möglich sein, globale und nationale Nachhaltigkeitsstrategien effektiv umzusetzen.

4 Die Wahrnehmung individueller Verantwortung: Blinder Fleck in der Ökologiedebatte?

Selbst jene, die in der ökologischen Frage primär auf neue Technologien setzen, sind überzeugt, dass was am meisten fehlt, nicht das Wissen ist, sondern die Motivation der Akteure, das vorhandene Wissen umzusetzen. Die wesentlichen ökologischen Eckdaten und Entwicklungen sind seit mehreren Jahrzehnten bekannt, aber trotz beeindruckender Einzelinitiativen hat

33 Paech spricht treffend von einem grünen Wachstumsmythos als einem radikalisierten Fortschrittsdenken, vgl. PAECH, Grüner Wachstumsmythos. Vgl. dazu weiters die Beiträge in WELZER / WIEGANDT, Perspektiven, insbesondere RAMMLER, Mobilität, der ein nachhaltiges Mobilitätsszenario für 2050 entwirft (dieser Beitrag wurde in den vorliegenden Band aufgenommen). Die den Autoren gestellte Aufgabe war es, gelungene Transformationsprozesse aus der Perspektive des Jahres 2050 zu beschreiben.

man sich bisher eher mit „Heftpflasterlösungen“ begnügt, als die großen ökologischen Fragen, die die Zukunft menschlichen Lebens weltweit wesentlich bestimmen werden, anzugehen. „Ich bin überrascht“ – schreibt Daly – „dass die Realitätsverweigerung 40 Jahre lang angehalten hat. Für das Aufwachen brauchen wir, denke ich, so etwas wie Buße und Umkehr, um es in religiösen Begriffen auszudrücken.“³⁴ Das gilt für die Makroebene der Politik ebenso wie für die Mesoebene der Unternehmen und die Mikroebene des Einzelnen als Konsument und Bürgerin. Ein Umdenken aller dieser Akteure ist bisher kaum erfolgt. Technologische Verbesserungen erweisen sich vielmehr sogar als eine Art Placebo, da sie zwar zu Einsparungen im Energiebereich führen, diese jedoch durch höheren Konsum wieder zunichte gemacht werden (*rebound*-Effekt). Wenn demnach die Bereitschaft zur Nachhaltigkeit fehlt, können auch umweltschonendere Technologien nur wenig ausrichten. Doch eben diese Bewusstseinsänderungen gehen viel zu langsam vor sich, so dass es immer weniger möglich erscheint, die gravierenden Flurschäden, die die neoliberale Wirtschaftstheorie und die westlichen Konsummodelle weltweit angerichtet haben, effektiv zu korrigieren.³⁵

Die Haltungen aller drei großen Akteursgruppen – Politik, Wirtschaft und einzelne Konsumenten – wirken vielmehr bisher auf eine Weiterführung der nicht nachhaltigen Wirtschaftsweise hin. Was die Politik betrifft, so sind nicht nur der mangelnde Wille sondern auch die langsamen Entscheidungsprozesse in Demokratien für die fehlende Dynamik verantwortlich. Die Demokratie als Regierungsform selbst könnte durch diese Unfähigkeit, das Gemeinwohl beeinträchtigende Umweltprobleme effektiv zu mildern, in Zukunft unter Druck geraten.³⁶ Wirtschaftsunternehmen als Akteure sind wiederum zuerst dem eigenen Wachstum verpflichtet. Dies schließt einen selektiven Einsatz im Umweltbereich durch Wahrnehmung der *Corporate social responsibility* zwar nicht aus. Dieser ist jedoch eben kein Primärziel. Andererseits stellt das Lobbying von Unternehmen mit ihren jeweiligen Sonderinteressen einen maßgeblichen Hemmfaktor in der Verwirklichung von Nachhaltigkeitszielen dar, und die Kostenexternalisierung

34 Hermann E. Daly in seinem Expertenbericht 40 Jahre nach dem ersten Bericht des Club of Rome, in: RANDERS 2052, 103.

35 Vgl. die Einschätzung von Carlos Joly, der ab Mitte des 21. Jahrhunderts „dunkle Jahrzehnte“ vorhersagt. Vgl. RANDERS, 2052, 36–40.

36 Bereits Jonas' Prinzip Verantwortung plädierte deshalb für eine Art Öko-Diktatur, da er diese allein für fähig hält, die Umweltkatastrophe aufzuhalten. Die gegenwärtige Erfahrung legt in der Tat nahe, dass z. B. das autokratische China schneller auf Umweltprobleme reagiert als die USA, vgl. auch LEGGEWIE, 2050.

im globalen Wettbewerb lässt wenig Raum für eine stärkere Berücksichtigung der ökologischen Gemeingüter. Der einzelne Mensch ist zuerst als Bürger gefordert, die Politik darin zu unterstützen, die Umwelt als Gemeingut zu schützen. Als Konsumentin hat sie die – wie auch immer begrenzte – Möglichkeit, ihr Leben in Verantwortung gegenüber den lebenden und zukünftigen Generationen so zu gestalten, dass es diese möglichst wenig beeinträchtigt.

Hans Jonas hat analog dem Kategorischen Imperativ dafür folgende Maximen formuliert: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung verträglich sind mit der Permanenz echten menschlichen Lebens auf Erden“ – oder negativ: „Handle so, dass die Wirkungen deiner Handlung nicht zerstörerisch sind für zukünftige Möglichkeit solchen Lebens“; oder einfacher: „Gefährde nicht die Bedingungen für den indefiniten Fortbestand der Menschheit auf Erden“; oder wieder positiv gewendet: „Schließ in deine gegenwärtige Wahl die zukünftige Integrität des Menschen als Mit-Gegenstand deines Wollens ein.“³⁷ Diese ethischen Imperative sind offenbar höchst voraussetzungsreich. Sie stellen hohe Anforderungen sowohl an das Wissen um ökologische Zusammenhänge, wie auch an die Vorstellungskraft und vor allem an die Motivation des einzelnen Menschen. Welch einen schweren Stand Umweltbedenken gegen schiere Bequemlichkeit, Modetrends und wirtschaftliche Interessen haben, zeigt – um ein Beispiel zu nennen – der sich seit den 90er Jahren verstärkende Trend zum Kauf von so genannten SUVs (Sport Utility Vehicles), also Geländewagen, mit deutlich höherem Spritverbrauch und CO₂-Emissionen im städtischen Bereich, obwohl die Nachteile für die Umwelt und die anderen Verkehrsteilnehmer aufgrund des erhöhten Unfallrisikos in keinem Verhältnis zum Nutzwert für ihre Besitzer stehen (es sei denn für kinderreiche Familien). Dieser und ähnliche Trends weisen darauf hin, dass allem Wissen zum Trotz Umweltgesichtspunkte für das individuelle Verhalten und für die politischen Akteure keine ihrer Bedeutung für das Gemeinwohl entsprechende Rolle spielen. Selbst minimale Beschränkungen des Konsums erweisen sich vielmehr als äußerst schwer durchzusetzen. Eher werden immer höhere ökologische Risiken in Kauf genommen, um die knappen Energiereserven zu strecken (Gasgewinnung durch Fracking³⁸, Tiefseebohrungen für Öl usw.). Dies lässt befürchten, dass erst drastische Verschlechterungen der Umweltsituation, hier vor allem des Klimas, zu einer dann freilich erzwungenen Abkehr von einem ostentativen Konsum führen werden.

37 JONAS, Prinzip Verantwortung, 36.

38 Für eine detaillierte Analyse vgl. VOGT, Fracking.